

TERMINsache

Nokia will zurück ins Handygeschäft

Der einstige Handy-Weltmarktführer Nokia plant laut einem Medienbericht die Rückkehr ins Geschäft mit Mobiltelefonen. Ein möglicher Termin sei Anfang kommenden Jahres, schrieb das US-Technologieblog „Recode“ unter Berufung auf informierte Personen. Dann dürfe Nokia gemäß den Verträgen mit Microsoft wieder Handys unter eigenem Namen verkaufen.

Nokia hatte vor rund einem Jahr den Verkauf seiner Mobilfunksparte an Microsoft abgeschlossen. Der Windows-Konzern zahlte 3,8 Milliarden Euro als Kaufpreis plus 1,65 Milliarden Dollar für Patentlizenzen auf zehn Jahre. Inzwischen verkauft Microsoft Smartphones unter dem eigenen Markennamen. Nokia konzentriert sich seitdem auf das Geschäft als Netzwerkausrüster - und nimmt in diesem Bereich mit der geplanten Übernahme des Konkurrenten Alcatel-Lucent die Weltspitze ins Visier. dpa

Iglo bringt Permira 2,6 Milliarden

HAMBURG. Der Finanzinvestor Permira verkauft die Tiefkühlmarke Iglo nach acht Jahren für 2,6 Milliarden Euro. Käufer ist die börsennotierte Gesellschaft Nomad, die vor einem Jahr von zwei amerikanischen Konsumgüter-Investoren, Noam Gottesman und Martin Franklin, gegründet worden ist, um sich operatives Geschäft zu kaufen. Jetzt solle Iglo der Kern einer Gruppe von Lebensmittelproduzenten werden, die in einer Nische Marktführer sind, teilte Permira mit.

Vor acht Jahren kaufte Permira Iglo für gut 1,7 Milliarden Euro vom Weltkonzern Unilever, der sich von schwächelnden Marken trennen wollte. Unter der neuen Führung unternahm Iglo mehrere Anläufe, attraktiver zu werden. So kaufte Permira die italienische Tiefkühlmarke Findus mit einer Bewertung von rund 800 Millionen Euro zu. 2014 kam Iglo bei 1,5 Milliarden Euro Umsatz auf einen operativen Gewinn vor Abschreibungen (Ebitda) von 306 Millionen Euro. Schon länger bemühte sich Permira um Käufer. Der Verkauf soll Permira laut Reuters das 2,4-Fache des Kapitaleinsatzes gebracht haben. Permira hält künftig neun Prozent am Käufer Nomad. cuk

Der Mann, dessen Dienste sich RWE sicherte, hatte eine brisante Vorgeschichte. In den 1970er- und 1980er-Jahren spionierte Gromoslaw Czempinski für den polnischen Geheimdienst im Westen. Und dann, in den 1990er-Jahren, führte er den Nachrichtendienst seines Landes sogar als oberster Chef.

2002, nach seinem Wechsel in die Privatwirtschaft, sollte Czempinski mit seiner Beratungsfirma The Quest Group dem Konzern aus Essen bei der Privatisierung der polnischen Stromwirtschaft zu einem Filetstück verhelfen. Und das Engagement des ehemaligen Topspions zahlte sich aus: RWE erhielt den Zuschlag für Stoen, den Versorger der polnischen Hauptstadt Warschau.

Jetzt, 13 Jahre später, könnte die bizarre Beziehung für RWE zum ernstesten Problem werden. Der Fall Stoen wird vermutlich schon bald vor Gericht landen. Dem ehemaligen Geschäftspartner droht eine Anklage wegen eines denkbar brisanten Vorwurfs: Bei der Übernahme durch RWE soll es zu Korruption und Geldwäsche gekommen sein. Das wirft die Berufungsstaatsanwaltschaft in Kattowitz dem Ex-Meisterpion und vier anderen Beschuldigten vor. Die Behörde will in der zweiten Jahreshälfte 2015 das Ermittlungsverfahren zum Abschluss bringen, das sie seit mehreren Jahren gegen die fünf polnischen Staatsbürger führt, wie sie auf Anfrage des Handelsblatts mitteilt.

Es gibt kaum Zweifel, dass der Fall zur Anklage kommt. Nachdem „umfangreiches Beweismaterial zusammengetragen und ausgewertet“ wurde, wirft die Staatsanwaltschaft den Verdächtigen „Gewährung und Entgegennahme von finanziellen Vorteilen im Zusammenhang mit der Privatisierung des Unternehmens Stoen“ sowie Geldwäsche vor.

Die Ermittler sprechen inzwischen unverhohlen von „aufgedeckten Straftaten“. Unter den Beschuldigten ist auch ein ehemaliger Berater des damaligen Schatzministers Wieslaw Kaczmarek.

Czempinski äußert sich auf Anfrage nicht zu den Vorwürfen. RWE bestätigt die Geschäftsbeziehung zu dem Polen und dessen Firma. Der Konzern betont aber, dass RWE oder Mitarbeiter nicht von den Ermittlungen betroffen seien.

Bislang. Tatsächlich hat die Staatsanwaltschaft in Kattowitz noch keine Verdächtigen beim Essener Energiekonzern ausgemacht. Wie es in mit den Ermittlungen vertrauten Kreisen heißt, wollen die Polen nach Abschluss ihrer Untersuchung die zusammengetragenen Unterlagen aber den deutschen Behörden übergeben - und hoffen, dass der Fall dann endlich auch in Deutschland aufschlägt.

Für RWE wäre ein Verfahren so oder so äußerst unangenehm. Der deutsche Konzern war in Polen anfangs auf große Vorbehalte gestoßen, hat sich aber gut etabliert und traut sich inzwischen sogar, unter eigenem Namen aufzutreten: RWE Polska ist ein moderner Versorger, der seine rund 900 000 Kunden mit Elektromobilität und intelligenten Stromzählern umwirbt. Die Niederlassung ist nicht die größte im RWE-Reich, aber eine, auf die sich der krisengeplagte Energiekonzern verlassen kann. Bei einem Umsatz von rund 600 Millionen Euro warf sie zuletzt einen Gewinn von

Der Spion, den sie liebten

Der Essener Konzern RWE setzte beim Kauf einer Warschauer Firma auf die Dienste eines langjährigen Meisterspions. Nun sieht Polens Justiz dabei Korruption und Geldwäsche. Die Ermittlungen bedrohen die Deutschen.

Von Jürgen Flauger



POLEN THEMA AUF DER HAUPTVERSAMMLUNG

Antrag Auf der Hauptversammlung am kommenden Donnerstag wird sich das Management kritischen Fragen zum Thema Polen stellen müssen, nicht nur zu den Ermittlungen in Kattowitz. Die Dela Beteiligungs GmbH hat mehrere Sonderprüfungen beantragt, darunter eine zu Polen.

Rechtsstreit Hintergrund ist ein jahrelanger Rechtsstreit mit dem polnischen Unternehmen SKT. Dessen Eigentümer Benedikt Kotzur wirft der RWE AG vor, sie habe vor Jahren eine Kooperationsvereinbarung über den Bau von Wärmekraftwerken platzen lassen und damit seine Firma in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Der Fall beschäftigt seit langem die polnischen Gerichte - und RWE hat einige Niederlagen erlitten. Kotzur wirft RWE vor, die Schulden aber nur bei Androhung von Zwangsvollstreckung zu bezahlen.

Ablehnung Der Konzern hat die Vorwürfe von Kotzur schon auf früheren Versammlungen zurückgewiesen. Der Aufsichtsrat will die Anträge wieder ablehnen. Die Debatte in Polen wird er aber nicht verhindern können.

80 Millionen Euro ab. Parallel betreibt der Konzern noch das Warschauer Stromnetz in einer separaten Firma - und die trägt sogar noch den alten Namen: RWE Stoen Operator.

Was da an unappetitlichen Vorwürfen auf RWE zukommen wird, wenn die Anklageschrift ausgearbeitet ist, kann das Management schon nachlesen. Der polnische Enthüllungsjournalist Piotr Nisztor veröffentlichte vor kurzem zusammen mit dem ehemaligen Ermittler Wojciech Dudzinski das Buch „Nie Tykalnie“ (Die Unbestechlichen). Sie beschreiben, wie nach ihren Erkenntnissen bei Privatisierungen in Polen getrickt, betrogen und bestochen wurde. Ein Kapitel widmen sie dem Fall Stoen.

Unstrittig ist, dass die Privatisierung des Stromversorgers, die im Oktober 2001 begonnen wurde, bis zu ihrem Abschluss ein Jahr später einen überraschenden Verlauf genommen hat: Zunächst sollten nur 25 Prozent der Anteile verkauft werden, RWE erhielt den Zuschlag aber für 85 Prozent. Schatzminister Kaczmarek hatte die Regeln im April 2002 einfach nachträglich geändert, als der Prozess schon weit fortgeschritten war und einige Bieter bereits ausgestiegen waren.

Das ist nur eine von zahlreichen Unregelmäßigkeiten, die der oberste Rechnungshof Polens, der NIK, ein Jahr später in einem Prüferbericht scharf rügte.

Dem Bericht zufolge, der dem Handelsblatt vorliegt, kamen die Prüfer zu einem drastischen Schluss: Der NIK bewertete die Privatisierung als „unzweckmäßig“ und den Verkauf der Aktien sogar als „ungültig“.

Für RWE hatte der Bericht aber keine Konsequenzen. Zu einer Rückabwicklung der Transaktion kam es nicht. Der deutsche Konzern durfte seine neue Tochter behalten. Die Deutschen hatten sich damit gegen namhafte Bewerber durchgesetzt wie Electricité de France oder Electrabel aus Belgien. Die waren ebenso wie RWE von glänzenden Wachstumsperspektiven angelockt worden: Das Unternehmen versorgt schließlich nicht nur die Privathaushalte in der polnischen Hauptstadt, sondern auch viele Konzernzentralen. Der Kaufpreis soll bei rund 400 Millionen Euro gelegen haben.

Im Zentrum der Ermittlungen steht die heikle Frage: Unter welchen Bedingungen bekam der deutsche Konzern den Zuschlag für die Aktienmehrheit?

Und hier erheben Piotr Nisztor und Wojciech Dudzinski in ihrem Buch harte Vorwürfe: Damit RWE sich bei der Privatisierung durchsetzen konnte, soll ein Bestechungsgeld von mindestens 1,4 Millionen Euro nach Polen geflossen sein. Die Summe soll vom Beratungsunternehmen The Quest Group verteilt worden sein. Vorab soll die Hälfte der Summe aber von RWE und die andere von einer Investmentbank, die für RWE agierte, auf das Konto von The Quest Group eingezahlt worden sein.

Vergrätzt

Google überarbeitet seinen Suchalgorithmus - mit gravierenden Folgen auch für deutsche Firmen. Seite 18



Vernetzt

Ralph Dommermuth, Chef von United Internet, zur Zukunft der deutschen Telekommunikation. Seite 20



RWE begleitet das Verfahren konstruktiv und hat die von den polnischen Behörden angeforderten Unterlagen bereitgestellt.

Sabine Jeschke
Sprecherin der RWE AG

Fonds umgerechnet mehrere Millionen Euro umfasst haben. Die Antikorruptionsbehörde CBA hatte ihre Ermittlungen aufgenommen, nachdem sie auf Steuer-CDs aus der Schweiz auf verdächtige Transaktionen gestoßen war.

Korruption? Und sogar ein Rückfluss von Geldern an RWE-Beschäftigte? Die Vorwürfe könnten härter kaum sein - und bringen den deutschen Energiekonzern in Erklärungsnot. Die Existenz eines solchen Fonds ist dem Konzern nach eigenen Angaben nicht bekannt. Zu den anderen im Buch geschilderten Details wollte sich RWE nicht äußern. Man habe eine „externe rechtliche Prüfung und Bewertung durchführen lassen“, hieß es. Zum Ergebnis der Prüfung machte RWE aber auch auf Nachfrage keine Angaben.

Die Staatsanwaltschaft in Kattowitz wollte sich zu den Details ebenfalls nicht äußern - mit Verweis auf die noch laufenden Ermittlungen. In Kreisen der Antikorruptionsbehörde CBA heißt es aber, die Autoren seien gut informiert.

Im Engagement von Czempinski und The Quest Group sieht RWE kein Problem. Im Rahmen von Transaktionen sei es „üblich und notwendig, externe Berater einzusetzen“, begründet der Konzern heute die Geschäftsbeziehung zu dem Ex-Spion.

Czempinski ist in Polen eine ebenso bekannte wie schillernde Persönlichkeit. Der General war schon in der sozialistischen Volksrepublik einflussreich und wurde unter anderem in den USA als Agent eingesetzt. Nach der Wende in Polen 1989 wurde Czempinski aber im Einvernehmen mit den USA rehabilitiert und dankte es gleich im folgenden Jahr: Kurz vor dem ersten Golfkrieg gelang es ihm, sechs US-Spione mit polnischen Pässen und wichtigen Dokumenten aus dem Irak zu schmuggeln.

Dafür wurde der ehemalige kommunistische Spion, der jahrelang auch in den USA eingesetzt worden war, sogar mit einem amerikanischen Orden belohnt. Von 1993 bis 1996 leitete der General dann den Nachrichtendienst UOP, ehe er seine Kenntnisse als Berater in der Privatwirtschaft nutzte.

Czempinski und den vier anderen Beschuldigten droht eine Freiheitsstrafe von bis zu 15 Jahren, wie die Staatsanwaltschaft Kattowitz erklärte. Die Vergehen wären auch noch nicht verjährt. Sollten die Ermittler den Fall nach Deutschland tragen, sähe es wohl anders aus. Hierzulande verjährt Korruption in der Regel nach fünf Jahren.

Wie die Staatsanwaltschaft in Kattowitz mitteilte, hat sie bereits „internationale Rechtshilfe“ in Deutschland in Anspruch genommen. Die Amtskollegen in Essen bestätigten, dass sie im vergangenen Jahr ein „Rechtshilfeersuchen“ aus Polen be-

arbeitet haben. Und RWE erklärte, man begleite das Verfahren „konstruktiv“. Der Konzern habe „verfahrensrelevante Dokumente“ zur Verfügung gestellt und es habe im Rahmen der Rechtshilfe „zeugenschaftliche Vernehmungen aktueller und ehemaliger Mitarbeiter“ gegeben.

Aber selbst wenn der Fall hierzulande verjährt sein sollte, ein Verstoß gegen die Compliance-Richtlinien wäre auch so höchst problematisch. Schon am kommenden Donnerstag muss sich Konzernchef Peter Terium auf unbequeme Fragen zum Fall Stoen einstellen. Dann trifft sich die Hauptversammlung in der Essener Grugahalle. Eine Aktionärsgruppe

ANZEIGE

Zum 80. Geburtstag

Bernadette Schoog
Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.
Der Unternehmer Reinhold Würth und die Kunst
ISBN 978-3-89929-302-9
EUR 24,80

Silvia Zulauf
Spüren, was stimmt.
Zum 65. Arbeitsjubiläum von Reinhold Würth
ISBN 978-3-89929-299-2
EUR 19,80

Claus Detjen
Reinhold Würth
Der Patriarch in seiner Verantwortung.
ISBN 978-3-95601-086-6
EUR 24,90

Swiridoff Verlag
www.swiridoff.de

hat schon kritische Fragen zum polnischen Markt angekündigt - und wird die neuesten Entwicklungen dankbar aufgreifen.

Und in Polen würde ein öffentlicher Prozess alte Vorbehalte schüren. Als RWE Ende 2002 Stoen übernahm, kochten die Emotionen gewaltig hoch. Ein deutscher Energiekonzern sicherte sich das lukrative Stück der polnischen Stromwirtschaft - das war auch fast sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch ein Politikum. Im Sejm, dem polnischen Abgeordnetenhaus, schimpften die Nationalisten und Populisten, das sei „die zweite Kapitulation vor den Deutschen“. Besonders ein Abgeordneter kam regelrecht in Rage. Er besetzte das Rednerpult - und konnte erst nach 20 Stunden von der Parlamentswache entfernt werden.

Ein Prozess um Korruption und Geldwäsche wäre für RWE in Polen eine Image-Katastrophe.

Wo RWE Strom verkauft

Kunden nach Regionen

Deutschland	6 693 000
Großbritannien	3 387 000
Niederlande	2 176 000
Ungarn	2 116 000
Polen	895 000
Belgien	328 000
Tschechien	265 000
Kroatien	98 000
RWE-Konzern gesamt	15 958 000

Handelsblatt

Quelle: Unternehmen